

## Neuer Vorstand der Liberalen Frauen Niedersachsen Mit frischer Frauenpower an die Arbeit



Birgit Kempthues, Bianca Frey, Roukiatou Maas, Anne Hermühlen, Agneta Achterberg, Silke Fricke, Angelika v. Selaninsky, Hillgriet Eilers und Claudia Fritzsche (v. li.)

Energisch und voller Tatendrang, das zeichnet den neuen Vorstand der Liberalen Frauen Landesvereinigung Niedersachsen aus. Am 14. März 2009 wurde der neue Vorstand der Liberalen Frauen Niedersachsen gewählt. Jede der zahlreichen Kandidatinnen hielt eine engagierte „Antrittsrede“ vor

der Mitgliederversammlung. Diese Rede richtete sich nicht nur an die Mitglieder der Liberalen Frauen, darunter die Bundestagsabgeordnete aus. Am 14. März 2009 wurde der neue Vorstand der Liberalen Frauen Niedersachsen gewählt. Jede der zahlreichen Kandidatinnen hielt eine engagierte „Antrittsrede“ vor

„Es kommt nicht jeden Tag vor, dass ich eine Präsentation vor dem Wirtschaftsminister halten darf. Die Wahl war schon ein spannender und interessanter Moment für mich“, so Birgit Kempthues, die in den erweiterten Vorstand gewählt wurde. In seiner anschließenden Rede würdigte Wirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler die ausgezeichnete Arbeit des ehemaligen Vorstands.

In diesem Zusammenhang dankte er vor allem der Ehrenvorsitzenden Ursula Thümler sowie der ehemaligen Vorsitzenden Ursula Walter für ihr großes Engagement der vergangenen Jahre. Abschließend wies er auf die zukünftigen gesellschaftlichen Herausforderungen hin und motivierte den neu gewählten Vor-

stand sich aktiv an kommenden politischen Prozessen zu beteiligen.

„Es gibt noch viele Themenbereiche, die in der politischen Debatte zu wenig aus der weiblichen Perspektive beleuchtet und reflektiert werden. Hier müssen wir anknüpfen und zu einer Politik mit „Weiblichkeit“ kommen“, so Landesvorsitzende Agneta Achterberg. „Wir sind angetreten, um mit voller Kraft voraus den Kurs aufzunehmen. Liberale Politik aktiv mitzugestalten und voranzutreiben, aber auch mal Flagge zu zeigen, an den Stellen, wo es nützt, dies wird die zukünftige Arbeit des neuen Landesvorstands der Liberalen Frauen Landesvereinigung Niedersachsen charakterisieren.“

### Liberalen Frauen in Kürze:

- Wir bilden ein freies Netzwerk für Frauen
- Wir erarbeiten politische Initiativen und sind Sprachrohr der liberal gesinnten Frauen
- Wir unterstützen gesellschaftspolitische Aktionen „vor Ort“
- Wir bieten Kontakte und Gespräche mit liberalen Frauen in allen Lebenssituationen und Berufen
- Wir unterstützen Frauen bei ihrem Einstieg in die Politik

Weitere Informationen:  
[www.liberales-frauen-nds.de](http://www.liberales-frauen-nds.de)

## FDP Osnabrück-Stadt im Netz

Ob auf der Autobahn, dem Osnabrücker Dom oder im Landtag - das neue Video-Angebot der FDP Osnabrück-Stadt wird an ungewöhnlichen Orten gedreht. Die Themenpalette erstreckt sich über die Finanzkrise, den niedersächsischen Haushalt bis zur Spielplatzsituation in Osnabrück.

Außerdem werden die Aktionen der Liberalen, wie das Verteilen von blau-gelben Eiern am Ostersamstag, in Szene gesetzt. Die Videofilme stehen dabei nicht nur auf der Internetplattform YouTube zur Verfügung, sondern ergänzen dynamisch das Internetangebot des Kreisverbands.

Besuchen Sie uns doch einmal unter [www.youtube.de/fdposnabrueck.de](http://www.youtube.de/fdposnabrueck.de).



## Das ist los in Ems-Jade

Die Entwicklung der Fachhochschule im Nordwesten war Thema einer Informationsveranstaltung der FDP Ems-Jade in Emden. Am 03. Juni 2009 diskutierte der Bezirksverband in Norden die aktuelle Schulpolitik mit Björn Försterling. Zum beliebten Sommerfest trifft sich der Bezirksverband Ems-Jade am 14. August 2009 in Emden mit Gesine Meißner als Ehrengast.



Cornelia Debus, Christian Grascha MdL, Roland Riese und Dr. Kurt-Dieter Beisser (v. re.)

## FDP Hannover-Hildesheim Veranstaltungsrückblick

Die Kreis- und Stadtverbände im Bezirksverband Hannover-Hildesheim boten in den vergangenen Wochen eine Fülle interessanter Veranstaltungen: „Für Deutschland in Europa“ mit Jorgo Chatzimarkakis MdEP (Hildesheim), „Mehr oder weniger Europa für Nie-

dersachsen?“ mit Gesine Meißner MdL (Hannover), „Europa und die USA“ mit Dr. Werner Hoyer MdB (Hildesheim), „Bildungspolitik in Niedersachsen“ mit Björn Försterling MdL (Hannover), „Kinder, Küche und Karriere“ mit Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (Laatzen).

## FDP Hannover-Hildesheim Politik praktisch: Mit dem Bezirksparteitag unterwegs in der Region



Unser Bezirksparteitag in der Historischen Kuranlage Bad Rehburg stellte mit einem Impulsreferat zum Parteitag und einem Fachgespräch am Abend das Thema „Tourismus in der Region“ in den Mittelpunkt und setzte dies mit einer Besichtigung des Klosters Loccum auch praktisch um.



### Impressum

Freie Demokratische Partei  
Landesverband Niedersachsen  
Walter-Gieseke-Str. 22  
30159 Hannover  
V.i.S.d.P.: Dr. Oliver Liersch  
Eine aktuelle Anzeigenpreisliste schicken wir Ihnen gerne zu.  
Telefon: 0511 - 28071-0  
Telefax: 0511 - 28071-25  
E-Mail: [nds@fdp.de](mailto:nds@fdp.de)  
Internet: [www.fdp-nds.de](http://www.fdp-nds.de)  
Auflage: 6.800 Exemplare

Layout und Satz:  
a.b.media gmbh  
Kathrein Bönsch  
Hastenbecker Weg 1  
31785 Hameln  
[www.abmedia-online.de](http://www.abmedia-online.de)

Druck: Unger und Pauselius, Hameln  
Fotos: Bildarchive ( 8 Stück)  
FDP Landesverband Nds. ( 17 Stück)

Bildnachweis  
Seite 1: © cameraw - Fotolia  
Seite 2: © philippe simier - Fotolia  
Seite 4: © Alx - Fotolia,  
© Joachim Wendler - Fotolia,  
© Thaut Images - Fotolia.com  
Seite 6: © Dan Race - Fotolia  
Seite 7: © Fullvalve - Fotolia  
Seite 8: Archiv  
Mittelweser-Touristik GmbH



## Niedersachsen Liberal




Ausgabe 2 / 2009

# Europawahl 2009 Für Niedersachsen in Europa



### Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

wissen Sie eigentlich, in wie vielen Organisationsformen Liberale in Niedersachsen politisch arbeiten? Allein in unserer Partei haben wir 8 Bezirksverbände, 47 Kreisverbände und 260 Ortsverbände, im Gebiet der Stadt Hannover darunter noch einmal 7 Stadtbereiche. Daneben haben wir 14 Landesfachausschüsse, die thematisch dem Landesvorstand zuarbeiten und in denen Sie als Mitglied unserer Partei gern mitarbeiten können. Wenden Sie sich bei Interesse bitte an Ihren Kreisverband. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Vorfeldorganisationen, die selbst nicht Parteigliederung sind, mit denen wir aber freundschaftlich verbunden sind und einen engen Austausch pflegen. Ob Junge Liberale, Liberale Frauen, Liberale Senioren, ob die Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker, der Liberale Mittelstand, die Liberalen Juristen oder die Liberalen Hochschulgruppen: Ich bin sehr froh, über all die Aktivitäten, die dort stattfinden. Manchmal gelingt es in diesen Vorfeldorganisationen sehr viel leichter, Zugang zu bestimmten gesellschaftlichen, sozialen oder wirtschaftlichen Kreisen herzustellen. Hiervon profitiert die liberale Sache. Ich möchte Sie gern animieren, bei Ihnen vor Ort zu schauen, welche Vorfeldorganisation bei Ihnen aktiv ist. Diese haben zum Teil nicht flächendeckend Untergliederungen in allen Landesteilen. Nehmen Sie gern Kontakt zum Landesvorstand der jeweiligen Organisation auf, gern auch zu unserer Landesgeschäftsstelle. Wenn wir auf diesem Weg vielleicht noch etwas mehr Verknüpfung herstellen und hierdurch unsere organisatorischen und personellen Möglichkeiten besser nutzen, würde mich das sehr freuen.

Ihr 

Dr. Oliver Liersch  
Generalsekretär



Für Niedersachsen in Europa – unter diesem Leitmotiv wird die FDP Niedersachsen in den kommenden fünf Jahren liberale Politik im Europäischen Parlament umsetzen. Dabei steht für uns der Mensch im Vordergrund. Die Europäische Union muss für die niedersächsischen Bürgerinnen und Bürger transparenter und nachvollziehbarer werden. Die FDP setzt sich darum für eine schnelle Ratifizierung des Lissabon-Vertrages ein. Er wird die Rechte des Europäischen Parlaments bei allen wichtigen Entscheidungen stärken und somit Ihren gewählten Volksvertretern mehr Gewicht geben. Dies wird für mehr Demokratie in Brüssel und Straßburg sorgen. Der Vertrag wird außerdem den europäischen Einigungsprozess, der uns seit Jahrzehnten Frieden bringt, langfristig sichern.

Die FDP Niedersachsen setzt in der Europapolitik auch weiterhin auf eine Agrarpolitik, die die Wettbewerbsfähigkeit der nieder-

sächsischen Landwirte stärkt. Wir möchten unnötige Bürokratie abbauen und gleichzeitig die Chancen für die Landwirtschaft in Europa optimal nutzen. Darum werden sich die Liberalen für die Anpassung der Agrardieselbesteuerung auf der europäischen Ebene einsetzen. Gleichzeitig wird die FDP fördern, dass den Landwirten neben der klassischen Nahrungsmittelproduktion auch im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe neue Absatzmöglichkeiten offen stehen und werden insbesondere die Energiegewinnung aus Biomasse voranbringen. Auch Niedersachsens Häfen stehen auf der europapolitischen Agenda der Liberalen. Wir werden die deutschen Häfen in ein umfassendes nordeuropäisches Hafenkonzept einbinden, das die Konkurrenzfähigkeit sichern und neue Arbeitsplätze schaffen wird. Auch die Förderung der Infrastruktur im Hafenhinterland ist für die Zukunftsfähigkeit der Maritimen Wirtschaft von elementarer Bedeutung.

Der Abbau unnötiger Bürokratie spielt für die Politik der FDP eine große Rolle. Schon heute werden über siebzig Prozent aller Verordnungen auf der europäischen Ebene beschlossen. Die Einführung sinnvoller Instrumente, wie einem Haltbarkeitsdatum für neue Regelungen, nach dessen Ablauf deren Sinn und Fortbestand überprüft werden, kann auch in der Europäischen Union ausufernde Bürokratie vermeiden.

Die Europawahl am 07. Juni 2009 ist für Niedersachsen von großer Bedeutung. Ein gutes Ergebnis für die FDP wird den Reformprozess der EU weiter voranbringen und ist wichtig für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Überlassen Sie Europa nicht den Bedenkträgern, sondern helfen Sie, die Chancen zu nutzen.

Gehen Sie am 07. Juni 2009 zur Wahl und geben Sie Ihre Stimme der FDP.

### Inhalt:

- Jan-Christoph Oetjen: Landwirte können und müssen sich dem Markt stellen **2**
- Angelika Brunkhorst: Endlagerung - parteiübergreifender Dialog nötig **3**
- Carl-Ludwig Thiele: Vorsorge darf nicht bestraft werden **3**
- Ina Lenke: Kontra Pflichtdienst **3**
- Dr. Philipp Rösler: Breitbandversorgung in Niedersachsen **4**
- Hans-Heinrich Sander: Ökologie und Ökonomie ausbalancieren **4**
- Aus dem Europaparlament: - Am 07. Juni wählen gehen! - Liberale Forderungen für Europa **5**
- Liberaler Mittelstand: Jetzt Aufträge aus dem Konjunkturpaket II unmittelbar umsetzen **6**
- Neues aus den Regionalverbänden **6**
- Liberale auf dem Kirchentag **6**
- Liberale Senioren: Kalender des Lebens reformieren **7**
- JuLis: Landeskongress in Göttingen **7**
- Liberale Frauen: Mit frischer Frauenpower an die Arbeit **8**
- FDP Osnabrück: Stadt im Netz **8**
- FDP Ems-Jade: Das ist los in Ems-Jade **8**
- FDP Hannover-Hildesheim: - Veranstaltungsüberblick - Mit dem Bezirksparteitag unterwegs in der Region **8**



## Aus dem Landtag Landwirte können und müssen sich dem Markt stellen



Milchquote ausläuft. Nicht zuletzt ist eine rentable Milchproduktion in Niedersachsen für die Erhaltung vieler Arbeitsplätze im ländlichen Raum von zentraler Bedeutung. Die Bundesregierung betreibt Augenwischerei, wenn sie mit Milchgifeln und anderen Ankündigungen den Anschein zu erwecken versucht, dass sie den Milchpreis beeinflussen kann. Stattdessen muss es darum gehen, die Landwirte bei ihren zukunftsgerichteten Investitionsentscheidungen zu unterstützen.

Um die Liquidität der Höfe kurzfristig zu verbessern, bis sich vielleicht auch der Milchpreis wieder erholt hat, setzt sich Niedersachsen dafür ein, die vorgezogene Auszahlung eines Teils der Betriebsprämie zuzulassen. Hier sind der Bund und vor allem die EU gefragt. Die große Koalition könnte die Landwirte außerdem schnell und unbürokratisch unterstützen, indem die Agrardieselsteuer auf das Niveau ande-

rer Länder gesenkt wird. Stattdessen verhängt Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner ein Anbauverbot für gentechnisch veränderten Mais. Dies wird die Kosten für Futtermittel weiter in die Höhe treiben.

Niedersachsen setzt sich dafür ein, die Landwirte – und hier besonders die Milchwirtschaft – vor allem bei zukunftsgerichteten Investitionen zu unterstützen. Dies gilt für das Agrarinvestitionsförderprogramm (AFP) ebenso wie für die Grünlandförderungsmaßnahmen. Zudem wird das Deutsche Institut für Lebensmitteltechnik (DIL) mit 7,8 Mio. Euro aus dem Konjunkturpaket II gefördert. Schließlich soll das Institut als kompetenter Partner der Ernährungs- und Landwirtschaft u.a. die Entwicklung neuer und gesunder Milchprodukte vorantreiben.

Die Landwirtschaft bleibt für uns ein wichtiger Baustein unserer heimischen Wirtschaft. Unsere Land-

wirte können und müssen sich dem Markt stellen. Statt falsche Versprechungen zu machen, wollen wir ihnen den Rücken stärken und sie auf dem Weg in die Zukunft begleiten. Das kann z. B. durch das unbürokratische Vorziehen der Auszahlungen von Direktzahlungen, über zinsverbilligte Darlehen, eine bessere Absatzförderung, die überfälligen Steuerentlastungen beim Agrardiesel und vieles mehr geschehen. Die Bundesregierung muss den aktuellen Krise ist das kategorische „Nein“ der Bundeskanzlerin auf dem letzten Bauerntag und der SPD zu Steuerentlastungen bei Agrardiesel völlig unverständlich und inakzeptabel.

Bundesregierung zum Auslaufen der Milchquote. Die Position der Bundeslandwirtschaftsministerin ist, wie bei ihrem Vorgänger, völlig unklar. Auch das Anbauverbot von gentechnisch verändertem Mais schadet den heimischen Milchbauern, da es die Futterkosten weiter nach oben treibt. Schließlich bleibt die Bundesregierung den Landwirten Kostenentlastungen beim Agrardiesel schuldig. In der aktuellen Krise ist das kategorische „Nein“ der Bundeskanzlerin auf dem letzten Bauerntag und der SPD zu Steuerentlastungen bei Agrardiesel völlig unverständlich und inakzeptabel.

Jan-Christoph Oetjen MdB  
Agrarpolitischer Sprecher

Schädlich ist der Zickzackkurs der



Der niedrige Milchpreis macht zurzeit wieder vielen Landwirten zu schaffen. 18 Prozent der in Deutschland erzeugten Milch kommt aus Niedersachsen. Damit ist das Agrarland Nummer 1 auch ein wichtiges Milchexportland, das mittelfristig vor allem seine Anteile auf dem europäischen und dem Weltmarkt sichern muss. Dies gilt besonders, wenn im März 2015 die

## Aus dem Bundestag Endlagerung - parteiübergreifender Dialog nötig



Mittlerweile haben sie immerhin erkannt, dass es Härtefälle gibt. Anstatt als Gesetzgeber zu handeln, hat die Koalition diese Frage an die EEG-Clearingstelle delegiert. Diese hat im April eine 70-seitige (!) Empfehlung ausgesprochen. Das bedeutet aber nach wie vor keine Rechts- und Investitionssicherheit. Der Vertrauensschutz für bestehende Anlagen wurde hier gebrochen.

Die Endlagerung von stark wärmeentwickelnden Abfällen geht uns alle an. Entsprechend viele Akteure beteiligen sich an der Diskussion darüber. Die Fronten sind extrem verhärtet. Die Fronten sind extrem verhärtet. Die Befürworter wie Gegner eines Endlagers im Salzgestein beharren auf ihren Standpunkten und sind für die Einschätzungen der jeweils anderen Seite nicht zugänglich.

Um neue Ansätze in die festgefahrene Diskussion bringen zu können, habe ich mich gemeinsam mit dem LFA Umwelt und dem umweltpolitischen Sprecher der Landtagsfraktion, Christian Dürr, den Endlagerkonzepten

anderer europäischer Staaten gewidmet. Im Februar haben wir das französische Forschungsbergwerk Bure (Lothringen) besucht. In Frankreich ist eine unabhängige Agentur mit der Entsorgung radioaktiver Abfälle beauftragt (ANDRA). Sie arbeitet eigenständig, wird durch drei Ministerien kontrolliert und ihre Arbeit von verschiedenen Wissenschaftseinrichtungen und Bürgerinitiativen bewertet. Am Standort Bure ist daneben die CLIS tätig. Die CLIS ist ein Zusammenschluss von Bürgern, Politik und Wirtschaft der Region. Sie wird vom Staat und Energieversorgern finanziert und bindet sehr effektiv die Bürger in die Zukunftsgestaltung der französischen Endlagerung ein.

Jetzt im April kam die CLIS zum Ge- genbesuch nach Gorleben. Hier standen ein Besuch des Salzstocks Gorleben, des Zwischenlagers, der Pilotkonditionierungsanlage und Gespräche mit Anwohnern, Bürgerinitiativen und Kirchen auf dem Programm. Aus ihrer Außenperspektive

heraus gab die CLIS den Gesprächen gute Impulse. Die Gäste konstatierten, dass Deutschland gute geologische Voraussetzungen und lange Erfahrungen im Bergbau und der wissenschaftlichen Erforschung von Salzgestein hat.

Für mich als Bundespolitikerin ist klar: Wir sind zeitlich sehr im Verzug, bis 2030 ein Lager für hochradioaktive Abfälle einzurichten. Die Substanzen in den heute betriebenen Zwischenlagern zu lassen, ist verant-

wortungslos. Wir müssen endlich losgelöst vom politischen Kräftespiel an einem Endlagerkonzept arbeiten. Dazu brauchen wir parteiübergreifende Erfahrungen im Bergbau und der wissenschaftlichen Erforschung von Salzgestein hat.

Nur so werden wir eines Tages ein Endlager realisieren können – und das sind wir der zukünftigen Generation schuldig.

Angelika Brunkhorst  
MdB

### Veranstaltung zum Darwin-Jahr

2009 ist in zweifacher Hinsicht ein Darwin-Jahr: Der 12. Februar 2009 war der 200. Geburtstag des Naturforschers Charles Darwin und im Jahr 1859 erschien sein Hauptwerk „Über die Entstehung der Arten ...“. Aus diesem Anlass findet auf meine Initiative hin am Tag der Umwelt (Freitag, 05. Juni 2009) im Landesmuseum Natur und Mensch

in Oldenburg, der Stadt der Wissenschaften 2009, eine Veranstaltung der FDP-Bundestagsfraktion statt. Unter der Überschrift „Evolution und Schöpfungsgeschichte - Schlussfolgerungen für die Politik zum Schutz der biologischen Vielfalt“ werden wir mit Experten diskutieren. Anmeldungen sind über meine Büros im Wahlkreis und Berlin möglich.

## Vorsorge darf nicht bestraft werden Existenznotwendige Sonderausgaben im Fokus

Durch das so genannte „Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung“, dessen Entwurf derzeit im Deutschen Bundestag beraten wird, sollen die Bürger durch eine bessere steuerliche Abzugsfähigkeit von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen entlastet werden.

Mit diesem Gesetz soll die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 13. Februar 2008 umgesetzt werden, nach der Beiträge zu Kranken- und Pflegeversicherungen in vollem Umfang als

steuerermindernde Sonderausgaben anzuerkennen sind.

Das Bundesverfassungsgericht hat noch einmal präzisiert, dass das Existenzminimum der Bürger steuerfrei sein muss. Hierzu gehören auch die Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge. Nach dem so genannten „objektiven Nettoprinzip“ müssen die erwerbsnotwendigen Aufwendungen, die die Kosten zur Einnahmeerzielung darstellen, steuerlich absetzbar sein. Aber auch das „subjektive Nettoprinzip“ muss beachtet werden. Dieses besagt, dass existenznotwendige Ausgaben

steuerlich berücksichtigt werden müssen. Das sind Ausgaben, denen ein Steuerpflichtiger nicht ausweichen kann.

Neben der besseren Abzugsfähigkeit von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen plant die Bundesregierung in dem Gesetzesentwurf allerdings auch erhebliche steuerliche Verschlechterungen für die Bürger. Beiträge zu anderen wichtigen Versicherungen sollen nach dem Willen der Bundesregierung grundsätzlich nicht mehr zum Sonderausgabenabzug zugelassen werden. Dabei geht es vor allem um die Prämien zur Arbeitslosenversicherung, zu Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsversicherungen, zu Unfallversicherungen, zu privaten Haftpflichtversicherungen und zu Risikolebensversicherungen. Diese faktische Steuererhöhung habe ich öffentlich kritisiert.

Der Arbeitslosenversicherungsbeitrag ist eine notwendige Vorsorge für die Arbeitslosigkeit. Er ist eine Zwangsabgabe, die entrichtet werden muss. Eine Nichtabzugs-

fähigkeit dieser Beiträge dürfte daher verfassungswidrig sein. Darüber hinaus soll auch der Sonderausgabenabzug der Prämien zur Haftpflichtversicherung gestrichen werden, obwohl sich jeder verantwortungsvolle Mensch gegen Missgeschicke absichern muss. Dies gilt umso mehr, als diese Versicherung, zum Beispiel für Pkw-Halter verpflichtend, vom Gesetzgeber zum Schutz Dritter vorgesehen ist.

Diesem unfairen Plan der Bundesregierung muss Einhalt geboten werden. Es kann nicht sein, dass die Politik immer wieder an die Menschen appelliert, für die Wechselfälle des Lebens vorzusorgen, dass sie dann aber die Bedingungen für diese Vorsorge radikal verschlechtert. Existenznotwendige Ausgaben, denen der Steuerpflichtige faktisch nicht ausweichen kann, müssen nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts steuerlich anerkannt werden. Um solche Aufwendungen handelt es sich bei den in Rede stehenden Versicherungsbeiträgen. Käme die Bundesregierung mit ihrem Vorhaben durch,

würde eine neue Verfassungswidrigkeit geschaffen. Die öffentliche Sachverständigenanhörung des Finanzausschusses zu dem Gesetzesentwurf am 22. April war für die Bundesregierung in diesem Punkt vernichtend.

Erfreulich ist es im Übrigen, dass der Bundesrat seine Stellungnahme zu dem Gesetzesentwurf zum Anlass genommen hat, die Beseitigung bzw. Milderung wenigstens einiger Fehler der Unternehmenssteuerreform 2008 zu fordern. Vor allem geht es den Ländern um die sog. Zinsschranke und die eingeschränkten Möglichkeiten zur Verlustverrechnung bei Unternehmen.

Die FDP hatte diese und weitere Regelungen, die die jetzige Krise fatalerweise noch verschärfen, von Anfang an massiv kritisiert. Leider reichen die Nachbesserungen noch bei Weitem nicht aus, sodass hier weiterer Handlungsbedarf besteht.

Carl-Ludwig Thiele MdB

## Kontra Pflichtdienst Ungerechte Zwangspause durch Wehr- und Zivildienstpflicht



46 Prozent aller jungen Männer wurden 2008 bei der Musterung der Bundeswehr als „untauglich“ ausgemustert. Das heißt, sie leisten weder Wehr- noch Zivildienst. Knapp 40 Prozent der übrigen jungen Männer werden trotz ihrer Tauglichkeit ebenfalls zu keinem Pflichtdienst herangezogen. Diese ungerechte Situation ist gesellschaftspolitisch untretbar und lässt nur den Schluss zu, die Wehrpflicht auszusetzen, wofür die FDP seit Jahren eintritt. Mit dem Aussetzen der Wehrpflicht würde auch der Zivildienst entfallen.

zuhalten. Ja, nach den Vorstellungen der Union wäre sogar eine Ausweitung der Wehr- und Zivildienstpflicht hin zu einer allgemeinen Dienstpflicht denkbar. So ist die Große Koalition gerade mit ihrem Vorhaben gescheitert, den Zivildienst auf mehr als neun Monate auszuweiten. Das jetzt verabschiedete Zivildienständerungsgesetz (3. ZDGÄndG) wurde ursprünglich seitens der Bundesregierung initiiert, um den so genannten „Freiwillig verlängerten Zivildienst“ zu installieren. Ein Vorhaben, welches von der Opposition, aber auch von der Mehrheit des Deutschen Bundestages abgelehnt wird, also selbst in der Koalition letztendlich keine Mehrheit fand. Freiwillig länger dienende Zivildienstleistende sollten im Billiglohnsegment zu Zivildienstbedingungen arbeiten, was reguläre Arbeitsplätze gefährdet hätte.

Die Union forderte den Zivildienst, um bis zu sechs Monaten „freiwillig“ zu verlängern, was den alten 15-monatigen Zivildienst unter anderen Vorzeichen wiederhergestellt hätte. Der Vorschlag ist eingebettet in die Beschlüsse von CDU und CSU, die Wehrpflicht zu einer allgemei-

nen Dienstpflicht für Männer zu entwickeln. Das Grundgesetz verbietet jedoch die Einführung einer solchen Dienstpflicht.

Die Bundesregierung argumentierte, man wolle hiermit die Chance geben, die zeitliche Lücke zwischen dem Ende des Zivildienstes und der/dem anschließenden Ausbildung/ Studium zu schließen. Dies ist bereits heute möglich, aber die Regelung ist weitgehend unbekannt. Im Zivildienstgesetz regelt der § 24 Abs. 2 ZDG die Möglichkeit des abschnittsweisen Zivildienstes, wovon der erste Abschnitt sechs Monate dauert und der zweite i. d. R. drei Monate, welche mit einem zeitlichen Abstand, z. B. in den Semesterferien, abgeleistet werden können.

Hiermit können bereits heute Wartezeiten, z. B. bei Aufnahme eines Studiums, weitgehend vermieden werden, wenn alle Beteiligten über den Ablauf und die Organisation eine Einigung erzielen. Die Aufteilung muss bereits im Einberufungsbescheid festgelegt werden, eine spätere Änderung ist nicht möglich.

Statt im Blick zu haben, dass qualifizierte junge Menschen schneller ins Berufsleben starten und mittelständische Unternehmen schon heute Mühe haben, ihre Ausbildungsplätze mit qualifizierten jungen Bewerbern zu besetzen, hätten die Pläne der Großen Koalition mit ihrer Verlängerungsoption auf 15 Monate dazu geführt, dass der „Zivi“ auch noch zu einem subventionierten Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt wird. Ein Drittel der heutigen Zivildienstleistenden sind ohnehin schon in gewinnorientierten Einrichtungen, wie zum Beispiel gewerblichen Altenpflegeeinrichtungen, beschäftigt. Ob es verfassungsgemäß ist, Arbeitszeiten nach Ende des eigentlichen Zivildienstes durch ein „normales“ Dienstverhältnis unter Regie des Bundesamtes für Zivildienst zu überwachen, ist fragwürdig. Als zivildienstpolitische Sprecherin habe ich diese Pläne stets abgelehnt.

Das verabschiedete Gesetz schafft es, weder den Zivildienst zu einem Lerndienst auszubauen noch die mögliche zeitliche Kluft zwischen Beendigung des Zivildienstes und der Aufnahme

eines Studiums oder einer anderen Ausbildung zu schließen.

Die Idee der Bundesregierung, den Zivildienst als einen „Lerndienst“ auszubauen und die jungen Männer zu einer bestimmten Zahl von Seminaren zu verpflichten, wird beim Blick in den Haushaltsplan des Bundes ohnehin ad absurdum geführt. So sieht der Haushalt 2009 eine Absenkung der Lehrgangskosten von 33,68 Mio. Euro (2008) auf 30,68 Mio. Euro (2009) vor. Gleichzeitig soll die Zahl der Einberufungen zum Zivildienst von 85.000 auf 88.700 angehoben werden. Mehr Einberufungen hätten bei einer gleichbleibenden Seminarquote zwangsläufig ein Aufstocken der Haushaltsmittel zur Folge. Es geschieht das genaue Gegenteil, die Zahl der Einberufungen steigt und gleichzeitig werden die Haushaltsmittel für den „Lerndienst“ verringert. Deutlicher kann die Bundesregierung es nicht zeigen: Dieses Gesetz dient ausschließlich der Augenwischerei!

Ina Lenke MdB  
Familien-, frauen & zivildienstpol. Sprecherin d. FDP-Bundestagsfraktion



# Rösler für bessere Breitbandversorgung in Niedersachsen



Für Niedersachsens Wirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler ist die flächendeckende Versorgung mit schnellen Internetverbindungen ein besonderes Anliegen: „Die Verfügbarkeit von schnellem Internet ist zu einem echten Standortfaktor geworden. Ein wirtschaftlicher Betrieb ohne Breitbandanschluss ist heute kaum noch vorstellbar. Und auch für Privathaushalte gehört die schnelle Internetanbindung mittlerweile zur Grundversorgung, ähnlich wie

Strom und Wasser. Wir werden deshalb mit Landesmitteln, Geld aus Europa und aus dem Konjunkturpaket des Bundes die weißen Flecken auf der Landkarte schließen.“

Unternehmen sind dabei in besonderem Maße auf leistungsfähige Verbindungen angewiesen. Denn die Größe der Datenmengen, die verschickt werden, steigt immer weiter an. Die Übertragungsgeschwindigkeiten müssen entspre-

chend hoch sein, um angemessene Ladezeiten zu gewährleisten. „Daher ist es mein Ziel als Wirtschaftsminister, möglichst flächendeckend Verbindungen über 2 MBit pro Sekunde zur Verfügung zu stellen. Das entspricht den heute gängigen DSL-Anschlüssen“, so Rösler.

Das Land hat hierfür das Breitbandkompetenzzentrum in Osterholz-Scharmbeck gegründet. Im Kompetenzzentrum werden Informationen gesammelt und ausgewertet, um weiße Flecken ausfindig zu machen. Es bietet außerdem Hilfestellung bei allen Fragen hinsichtlich des Ausbaus. Durch die Mittel des Konjunkturpakets II im Rahmen der „Initiative Niedersachsen“ der niedersächsischen Landesregierung wird der Ausbau der Breitbandinfrastruktur im ländlichen Raum außerdem mit 50 Millionen Euro gefördert. Von der Gesamtsumme setzt das Land 30 Millionen Euro

für die Förderung so genannter Clusterprojekte ein. Diese Cluster umfassen die drei Regionen „Heide“, „Nordwestniedersachsen und Küste“ und „Südwestniedersachsen“. Die verbleibenden 20 Millionen Euro werden im Rahmen eines Wettbewerbsverfahrens vergeben, an dem sich die Kommunen beteiligen können, die nicht in den Clusterregionen liegen. Die Auswahl erfolgt anhand eines vordefinierten Kriterienkatalogs. Dabei spielen etwa die derzeitige Versorgungssituation, aber auch die Fähigkeit der Bewerber, einen Eigenanteil von 12,5 Prozent der Finanzierung zu übernehmen, eine Rolle.

**Philipp Rösler:  
„Schnelles Internet ist für Unternehmen ein echter Standortfaktor“**

Investoren werden bei ihren Planungen für den Neubau effizienter, klimafreundlicher Kraftwerke unterstützt. Auf den Energiemix kommt es an. Damit ist Deutschland bis heute gut gefahren. Es sollte auch in Zukunft dabei bleiben.

Darüber hinaus sieht Rösler eine Chance durch die Versorgung mit schnellem Internet per Funk: „Gerade für dünnbesiedelte Gebiete sind die Strukturen zum weiteren Ausbau der Breitbandverbindungen wirtschaftlich oft unrentabel, was eine Förderung etwa mit EU-Geldern erschwert.

Doch durch den derzeitigen Umstieg von analogem auf digitalen Rundfunk werden Frequenzen frei. Diese so genannte ‚Digitale Dividende‘ bietet die Möglichkeit, diese Frequenzen für Breitbandverbindungen zu nutzen. Wenn alle technischen Probleme, die in diesem Zusammenhang derzeit noch auftreten, behoben sind, sehe ich hier eine mögliche Ergänzung zur herkömmlichen Verkabelung“, erklärt Rösler.

**Dr. Philipp Rösler Mdl  
Niedersächsischer Minister für  
Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**

# Sander: Ökologie und Ökonomie ausbalancieren



Insbesondere in Zeiten der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise sind für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes sowie die Sicherung unseres Wohlstandes verlässliche und bezahlbare Energien erforderlich. Zugleich müssen wir aber auch einen zunehmenden Verbrauch natürlicher Ressourcen und sichtbare Klimaschäden feststellen. Die Energiepolitik steht daher

in einem Spannungsfeld zwischen Ökonomie und Ökologie. Auf der einen Seite ist in einer globalisierten Welt mit wachsendem Energiebedarf eine sichere und kostengünstige Energieversorgung erforderlich. Zugleich müssen wir aber auch einen zunehmenden Verbrauch natürlicher Ressourcen und sichtbare Klimaschäden feststellen. Die Energiepolitik steht daher

Die FDP steht für eine Politik mit Augenmaß und Vernunft und ist fest davon überzeugt, dass wir in der Energie- und Klimaschutzpolitik im Dialog und gemeinsam mit der Wirtschaft mehr erreichen, als mit Misstrauen, Verboten, staatlicher Regulierung und Bürokratisierung.

Eine liberale Energiepolitik hat vor diesem Hintergrund das Ziel, Ökonomie und Ökologie ins Gleichgewicht zu bringen, denn unsere wirtschaftliche Zukunft hängt von einer leistungs- und wettbewerbsfähigen Energie- und Stromversorgung ab. Sparsame Energieerzeugung, effiziente Energienutzung und Klimaschutz lassen sich miteinander verbinden. Hier bietet sich ein gewaltiger Markt mit großen Chancen.

Von entscheidender klimapolitischer Bedeutung sind daher die Modernisierung der Kraftwerke und die Weiterentwicklung der Kraftwerkstechnik. Damit wird eine wirtschaftliche und zuverlässige Energieversorgung gesichert und die Einsparung von CO<sub>2</sub>-Emissionen gesteigert. Die zügige Erneuerung des konventionellen Kraftwerksparks ist eine grundlegende Voraussetzung für das Erreichen von Klimazielen. In Niedersachsen setze ich mich daher für einen technologieoffenen Energiemix ein, der versorgungssicher, preisgünstig und umweltverträglich ist. Das heißt: Wir müssen die erneuerbaren und klimaneutralen Energien ausbauen, Kraftwerke erneuern und modernisieren, Energie effizienter nutzen und Forschung und Entwicklung stärken.

Niedersachsen setzt sich für längere Laufzeiten von sicheren Kernkraftwerken ein und



Investoren werden bei ihren Planungen für den Neubau effizienter, klimafreundlicher Kraftwerke unterstützt. Auf den Energiemix kommt es an. Damit ist Deutschland bis heute gut gefahren. Es sollte auch in Zukunft dabei bleiben.

**Hans-Heinrich Sander Mdl  
Niedersächsischer Minister für  
Umwelt und Klimaschutz**



# Aus dem Europaparlament

## Am 07. Juni wählen gehen!

Nach einer aktuellen Eurobarometer-Umfrage droht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament am 07. Juni 2009 eine äußerst geringe Wahlbeteiligung. Demnach weiß nicht einmal jeder zweite Deutsche (44 Prozent) von der Europawahl, und lediglich 43 Prozent der Bundesbürger geben an, zur Wahl gehen zu wollen. EU-weit wollen gar nur 34 Prozent der Bürger in den 27 EU-Mitgliedstaaten bei der Europawahl ihre Stimme abgeben.

Bei insgesamt ca. 375 Millionen Wahlberechtigten und vor dem Hintergrund der bevorstehenden Herausforderungen, wie beispielsweise der Bewältigung der Finanzmarktkrise, der Bekämpfung des Klimawandels sowie der Folgen der Wirtschaftskrise oder aber auch des demografischen Wandels, sind dies besorgniserregende Zahlen. Gleichzeitig bin ich der festen Überzeugung, dass wir Liberalen es mit einem engagierten Wahlkampf in der nun beginnenden „heißen“ Phase des Europawahlkampfes schaffen können, viele Bürgerinnen und Bürger davon zu überzeugen, zur Wahl zu gehen und der FDP ihre Stimme zu geben.

Die aufgezeigten Herausforderungen in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts können wir Europäer nur gemeinsam meistern. Wir Liberalen haben hierfür die besten Konzepte, um Freiheit, Sicherheit und Wohlstand in Europa auch in Zukunft zu garantieren. Nach zehnjähriger Abwesenheit im Europäischen Parlament haben meine sechs liberalen Kollegen und ich in dieser Legislaturperiode ein gutes Fundament gelegt. Um auf unseren Erfolgen aufzubauen und unsere Arbeit fortzusetzen, ist es wichtig, dass die FDP auch im kommenden Europäischen Parlament stark vertreten ist. Lasst uns hierfür in den nächsten Wochen gemeinsam kämpfen, um unsere Spitzenkandidatin Gesine Meißner mit einem guten Ergebnis nach Europa zu schicken!



## Liberalen Forderungen für Europa

- Eine stabile Geldpolitik, offene Märkte und faire Wettbewerbsbedingungen
- Eine unternehmerische Landwirtschaft, in der Landwirte die Marktpotenziale des konventionellen und ökologischen Landbaus voll ausnutzen können
- Eine Umweltpolitik, die Rücksicht auf ökonomische und soziale Entwicklungen nimmt, um Umwelt und Arbeitsplätze zu schützen
- Eine Verkehrspolitik, die in Europa eine nachhaltige Mobilität für alle sichert

**Willem Schuth  
Mitglied des Europäischen  
Parlaments**





**FDP**  
Die Liberalen

# Für Niedersachsen in Europa

V.i.S.d.P. FDP Niedersachsen · Walter-Gieseke-Str. 22 · 30159 Hannover





## Liberaler Mittelstand fordert Kommunen auf: Jetzt Aufträge aus dem Konjunkturpaket II unmittelbar umsetzen

Der Landtag hat in einer mit großer Mehrheit verabschiedeten Eil-Aktion die Weichen dafür gestellt, dass das gerade vom Bundesrat beschlossene Konjunkturpaket II auch auf Landesebene umgesetzt werden kann. Schade, dass unsere FDP an dieser Stelle gerade zurückgewonnenes Vertrauen wieder durch Forderungen, von denen feststand, sie würden unerfüllt bleiben, aufs Spiel gesetzt hat. Diese Aktion war überflüssig wie ein Kropf.

In Niedersachsen fließen nun 1,4 Milliarden in Investitionen, der Löwenanteil davon kommt vom Bund (920 Millionen EURO). Einen Großteil der Summe überweist das Land pro Kopf an die Kommunen.

Weil Bildung in unserem rohstoffarmen Land endlich als Thema Nr.1 erkannt wurde, sollen die Gelder vorrangig dort in die Sanierung von Schulen und Turnhallen-Neubauten eingesetzt werden, um die dringend notwendige Verbesserung des Lernumfeldes für Lehrer und Schüler zu

erreichen. Auch die Ausstattung mit Ausrüstung und Technik soll dem Standard des 21. Jahrhunderts entsprechen.

Ein anderer Teil des Geldes steht für den dringend notwendigen Ausbau des Breitbandnetzes für die Telekommunikation zur Verfügung, um die Versorgung aller Firmen und Haushalte mit dem lang ersehnten DSL-Anschluss sicherzustellen.

Davon wurde bisher nur geredet und geschrieben, es fehlt jedoch an konkretisierten Vorgaben und Auftragsvorbereitungen. Wichtig ist es jedoch, dass die Aufträge dafür von den Kommunen unmittelbar vergeben werden. Nur so kann der Konjunkturabriss - besonders im Bauhauptgewerbe - noch gestoppt werden, und dem regionalen Mittelstand geholfen werden, einen Teil seiner Stammebelegschaft nicht in die Arbeitslosigkeit zu entlassen. Deshalb fordert der Liberale Mittelstand alle Kommunen dazu auf, die gelockerten Vergaberichtlinien - von der freihändigen Vergabe bis zu be-

schränkten Ausschreibung - unbedingt zu nutzen und besonders die Handwerksbetriebe vor Ort zu berücksichtigen.

Dabei ist überall darauf zu achten, bürokratische Hindernisse abzubauen, damit auch kleinere Betriebe eine reelle Chance haben, sich nicht nur an den Ausschreibungen zu beteiligen, sondern auch einen Auftrag zu erhalten.

Es ist ein absolutes Unding, z.B. die Anforderungen zur Beteiligung an einem Architekten-Wettbewerb so hoch zu schrauben, dass sie nur von langjährig existierenden

Büros mit einer Vielzahl von Mitarbeitern erfüllt werden können und kleinere, aber innovative Büros, die durchaus diese Aufgaben auch leisten könnten, außen vor bleiben.

Eine besondere Verantwortung sieht der Liberale Mittelstand hier bei den FDP-Frakturen in den Stadtparlamenten und Gemeinderäten. Sie

können dafür sorgen, dass sich der geringe Konjunkturreffekt, den das Paket wahrscheinlich haben wird, nicht noch durch Verschleppung bei der Auftragsvergabe weiter reduziert.

**Friedhelm Pietschmann**  
Landesvorsitzender des Liberalen Mittelstandes Niedersachsen



## Neues aus den Regionalverbänden

**Liberaler Mittelstand Regionalverband Harz für Ausbau der B243 nach Nordhausen**

Der Liberale Mittelstand Regionalverband Harz setzt sich aktiv für den Ausbau der B243 nach Nordhausen ein. In enger Abstimmung mit dem Landrat in Nordhausen unterstützt der Liberale Mittelstand Regionalverband Harz den Ausbau als

Maßnahme zur Verbesserung der Infrastruktur im Harz und als Zeichen für die Zusammenarbeit zwischen Niedersachsen und Thüringen.

**4. Mittelstandspreis in Lüneburg**  
Bereits zum 4. Mal wird der Mittelstandspreis des Liberalen Mittelstandes verliehen. Nach 2004 und 2005 in Lüneburg und 2005 in

Burgdorf wird 2009 der Mittelstandspreis wieder in Lüneburg verliehen. Der Wettbewerb, an dem sich mittelständische Unternehmen aus dem IHK Bezirk Lüneburg-Celle beteiligen können, steht unter



Der Gewinner des 1. Mittelstandspreises im Jahr 2004: DEDON

der Schirmherrschaft des neuen niedersächsischen Ministers für Wirtschaft Arbeit und Verkehr, Dr. Philipp Rösler, und wird am 16. Oktober 2009 von einer Jury aus Unternehmern in Lüneburg vergeben. Nähere Informationen finden Sie unter [www.liberalermittelstand.de](http://www.liberalermittelstand.de)

**Erste Veranstaltung des Liberalen Mittelstandes in Meppen**  
Am 02. Juni findet die erste Veranstaltung des Liberalen Mittelstandes, in Zusammenarbeit mit der FDP Meppen statt. Wenn Sie hieran teilnehmen möchten, senden Sie uns eine Mail an: [terfort@liberaler-mittelstand.org](mailto:terfort@liberaler-mittelstand.org)

Weitere Termine und Informationen finden Sie unter [www.liberaler-mittelstand.org](http://www.liberaler-mittelstand.org)

## Liberaler Senioren Kalender des Lebens reformieren

Wenn sich junge Menschen früher über ihr künftiges Leben nähere Gedanken machten, über ihre Ausbildung, ihre beruflichen Ambitionen und Ziele, über die Gründung einer Familie, über ihren endgültigen Lebensmittelpunkt, manchmal sogar über ihre Alterssicherung, griffen sie fast instinktiv auf Modelle und Vorstellungen zurück, die sie von ihrem familiären oder beruflichen Umfeld her kannten. Danach war man mit der Ausbildung, also mit Schule und Lehre, spätestens mit 18 oder 20 Jahren fertig. Sattelte man noch ein Studium oder Vergleichbares drauf, dauerte es meist bis zum 25. oder 27. Lebensjahr.

Vor allem die seit drei, vier Jahrzehnten immer stärkere Dynamik in unserer Volkswirtschaft, getrieben von einer Fülle von wissenschaftlichen und technischen Innovationen sowie einem steigenden, jüngst aber dramatisch übersteigertem Gewinnstreben, hat für viele Menschen die Grundlagen für eine entsprechende Lebensplanung

wechselvollen beruflichen Karriere entstehen, die nur mit einigem Glück auch in einem Ruhestand mit ausreichender Alterssicherung endet. Die Zeiten sind gelinde gesagt lebhafter geworden, für viele allerdings auch sehr viel anstrengender und schwieriger.

Für Ältere, die, wie etwa die meisten LIBERALEN SENIOREN, ihr Berufs-



Bei der Berufswahl richtete man sich darauf ein, in dem meist schon während der Ausbildung gewählten Beruf 40 oder 45 Jahre ohne signifikante Brüche oder Unterbrechungen tätig zu sein. Parallel dazu gründete man eine Familie und fand einen dauerhaften Wohnsitz. Wenn alles gut ging, schloss sich daran spätestens mit Ablauf des 65. Lebensjahr der wohlverdiente Ruhestand mit einer mindestens ausreichenden Altersversorgung an. So oder so ähnlich entwickelten die meisten Menschen einmal ihre Lebensplanung, oder bildhaft gesprochen: den Kalender ihres Lebens. Die Zeiten, für die eine solche Lebensplanung typisch war, sind, zumindest was das Berufsleben und neuerdings auch den Ruhestand angeht, schon seit Längerem vorbei.

mehr oder weniger in Frage gestellt. Heute muss jeder, der ins Berufsleben tritt, sich darauf einrichten, dass seine Ausbildung zunächst nur für die berufliche Anfangsphase Bedeutung hat. Schon nach wenigen Jahren kann wegen grundlegender Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld ein Berufswechsel anstehen, der dazu zwingt, sich zusätzliche oder ganz neue Qualifikationen anzueignen. Oft sind mit diesen Veränderungen auch ein völliger Aufgaben- und Ortswechsel verbunden. Dies kann im weiteren Berufsleben leicht vier- oder fünfmal und bis ins hohe Alter geschehen und lässt das Bild von einer eher gebrochenen oder zumindest

ben schon hinter sich haben, sind diese Vorstellungen eher theoretischer Natur. Es bleibt nur zu hoffen, dass sie sich rechtzeitig um eine ausreichende Altersversorgung gekümmert haben. Für die Menschen, die noch im Berufs- oder Erwerbsleben stehen, heißt dies aber, sich auf den Wechsel als Normalität einzustellen, verbunden mit vielen Anstrengungen und unterschiedlichen Schwierigkeiten.

Sich in seinem Berufsfeld laufend weiterzubilden, sich verwandten oder ganz neuen Erwerbstätigkeiten zuzuwenden, sich dafür zu qualifizieren oder völlig neu auszubilden, bestimmt

zunehmend den Lebenslauf von immer mehr Menschen oft bis ins hohe Alter. Berufstätigkeit, Weiterbildung und berufliche Qualifizierung werden sich künftig öfter abwechseln und damit die bisher typischen Lebenskalender grundlegend verändern. Darüber hinaus macht es der demografische Wandel und die daraus drohende Überlastung des Systems der Alterssicherung notwendig, das Erwachsenenalter früher und das Rentenalter später beginnen zu lassen. Das wird nur gehen, wenn die Ausbildungszeiten kürzer, der Berufseinstieg früher, das Verweilen in den - natürlich öfter wechselnden - beruflichen Tätigkeiten länger und der Eintritt in den Ruhestand flexibler und vor allem später sein werden. Die Menschen müssen lernen, den Kalender ihres Lebens neu zu entwerfen.

Um diese Erkenntnisse ins breite Bewusstsein zu heben, suchen die

- Liberalen Senioren in Niedersachsen weitere Mitstreiter.
- Kreisverband Region Hannover  
Vorsitzender  
Gerd-Dietrich Tiefensee  
Hannover, Laher Kirchweg 60
  - Kreisverband Leer  
Vorsitzender Dieter Nagel  
Hesel, Am Timmerberge 36,
  - Kreisverband Northeim-Dassel  
Vorsitzender Joachim Kuhle  
Dassel, Herrenhof 2
  - KV Region Braunschweig  
Vorsitzender Hans-Peter Roppel  
Schöningen, Marienstr. 10
  - Kreisverband Region Oldenburg  
Vorsitzende Gaby Ender  
Oldenburg, Ofenerdieker Str. 70
  - Landesverband Niedersachsen Hannover,  
Walter-Giesekingstr. 22.

**Gerd-Dietrich Tiefensee**  
Landesvorsitzender der Liberalen Senioren



## Liberaler auf dem Kirchentag

Nach den Kirchentagen 2005 in Hannover und 2007 in Köln ist auch 2009 in Bremen vom 21.-24. Mai 2009 das Liberale Vorfeld mit einem eigenen Infostand im Marktbereich 2 "Perspektiven für die Gesellschaft" vertreten.

Hier können Sie mit Vertretern der Kommission der FDP für Kirchen und Religionsgemeinschaften, der Liberalen Frauen, des Liberalen Mittelstandes und der Liberalen Senioren sowie der

Jungen Liberalen ins Gespräch kommen. Am 21. Mai stehen Ihnen vormittags der FDP Landesvorsitzende Dr. Philipp Rösler und der Bundesvorsitzende Dr. Guido Westerwelle und weitere Bundes- und Landtagsabgeordnete für Fragen zur Verfügung.

Nähere Informationen unter der kostenfreien Vorfeldnummer der Liberalen Vorfeldorganisationen oder unter [www.kirchentag.de](http://www.kirchentag.de)



## Junge Liberale Landeskongress in Göttingen



Im April fand in Göttingen der 57. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen statt. Im Mittelpunkt der Tagung, an der knapp 160 Junge Liberale aus dem ganzen Bundesland teilnahmen, standen die Vorstandswahlen und die Antragsberatung.

Das Plenum wählte Matthias Seestern-Pauly erneut zum Landesvorsitzenden. Neu im Vorstand ist Oliver Frederik Olpen. Er übernimmt den Posten des stellv. Landesvorsitzenden für Organisation. Felix Bensmann übernimmt ab sofort das Amt des stellv. Landesvorsitzenden für Finanzen und David Salm die Posi-

tion des stellv. Landesvorsitzenden im Bereich Programmatik. Veronika Reichelt wurde als Stellvertreterin für Presse und Öffentlichkeitsarbeit wiedergewählt. Den Vorstand komplettieren die Beisitzer Tanju Satiloglu, Fabian Ettrich, Niklas Drexler und David Piotrowski. Im kommenden Amtsjahr werden Europa- und Bundestagswahl einen Großteil der inhaltlichen und organisatorischen Arbeit des neu formierten Landesvorstandteams ausmachen.

In der Antragsberatung debattierten die Jungen Liberalen unter anderem über eine Liberale Energiepolitik und das Thema Sterbehilfe.

Beide eingebrachten Anträge wurden mit großer Mehrheit angenommen. Gerade der energiepolitische Antrag hat gezeigt, dass liberale Lösungen zum Thema Umweltschutz und Ressourceneinsatz nachhaltig sind und die beiden Bereiche Ökonomie und Ökologie miteinander vereinbar sind

Auf dem Landeskongress beschloss das Plenum einen Dringlichkeitsantrag zum Thema Menschenrechte in Afghanistan. Darin ging es um eine Neubewertung des Bundeswehreinsetzes in dem Land, welcher in Folge des neu erlassenen afghanischen Gesetzes zum Thema Vergewaltigung

in der Ehe, nach Ansicht der JuLis Niedersachsen neu überdacht werden müsse. Die Jungen Liberalen Niedersachsen betonen hierbei ausdrücklich, dass es NICHT um einen Abzug der Soldaten, sondern um einen Appell an die Bundesregierung geht, Mög-

lichkeiten zu entwickeln, wie die Menschenrechte in dem Land zukünftig gesichert werden können.

